

GUY BEAUCAMP

Das Konzept
der zukunftsfähigen
Entwicklung im Recht

Jus Publicum

85

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 85



Guy Beaucamp

Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht

Untersuchungen zur völkerrechtlichen,
europarechtlichen, verfassungsrechtlichen
und verwaltungsrechtlichen Relevanz
eines neuen politischen Leitbildes

Mohr Siebeck

Guy Beaucamp, geb 1964 in Münster, 1984–1989 Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg und Genf, 1990 Erstes Staatsexamen, 1993 Zweites Staatsexamen in Hamburg, 1993–1995 wissenschaftl. Mitarbeiter an der Universität Hamburg, 1996 Promotion, 1995–2001 wissenschaftl. Assistent an der Universität Rostock, 2001 Habilitation.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Beaucamp, Guy:

Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht : Untersuchungen zur völkerrechtlichen, europarechtlichen, verfassungsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Relevanz eines neuen politischen Leitbildes /

Guy Beaucamp. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2002

(Jus publicum ; Bd. 85) 978-3-16-158059-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019
ISBN 3-16-147824-X

© 2002 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Sabon belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im November 2001 von der Juristischen Fakultät der Universität Rostock als Habilitationsschrift angenommen. Sie befand sich ursprünglich auf dem Stand von Februar 2001 und wurde für die Veröffentlichung auf den Stand Jahresende 2001 gebracht.

Auf dem Fahrradweg von und zum Arbeitsplatz habe ich mich bisweilen an der Motivationswirkung imaginärer Vorworte erfreut. Das Verfassen solcher Zeilen kennzeichnet den glücklichen Abschluß eines langjährigen Forschungsunternehmens und erlaubt es seine menschliche Seite zu erwähnen.

An erster Stelle möchte ich mich bei Prof. Dr. Wilfried Erbguth bedanken, nicht nur für die Themenanregung und die Betreuung, sondern auch für die sechsjährige erfreuliche Zusammenarbeit an Lehrstuhl und Ostseeinstitut sowie im Wissenschaftsverbund Um-Welt. Prof. Dr. Detlef Czybulka und Prof. Dr. Eckard Rehbinder danke ich dafür, daß sie die Mühen der Zweit- und Drittbegutachtung auf sich genommen haben.

Dank für Verbesserungsvorschläge und kritische Fragen zu einzelnen Textabschnitten schulde ich den als Testlesern strapazierten Freunden und Kollegen Dr. Patrick Berendt, Christoph Kucklick, Dr. Kai Schumacher, Christoph Wegner und Simone Janssen. Meinen Eltern gebührt Dank für einen großzügigen Zuschuß zu den Druckkosten.

Als kleines Entgelt für das stets temperamentvolle Kontrastprogramm zur papierenen Gelehrsamkeit widme ich die Arbeit Anke, Colin, Jakob, Wassilij, Mia und Lionel.

Rostock, im Februar 2002

Guy Beaucamp

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der verwendeten völkerrechtlichen Verträge	XXIV
Einleitung	1
A. Vorgeschichte und Bedeutung des Sustainability-Konzepts	15
B. Die Verankerung des Sustainability-Konzepts im Völkerrecht	79
C. Zukunftsfähige Entwicklung im Europarecht	151
D. Verfassungsrechtliche Aspekte einer zukunftsfähigen Entwicklung	164
E. Nachhaltigkeit im deutschen Umweltrecht und ihre Beziehung zum Sustainability-Konzept	241
F. Stoffstromrecht als Beitrag zu einer zukunftsfähigen Entwicklung	327
G. Das Sustainability-Konzept in der Raum- und Umweltplanung	401
Schlußbetrachtung	430
Literaturverzeichnis	433
Sachregister	477

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der verwendeten völkerrechtlichen Verträge	XXIV
Einleitung	1
I. <i>Gegenstand der Untersuchung</i>	1
II. <i>Das Leitbild der zukunftsfähigen Entwicklung als Zeitgeistströmung</i>	8
III. <i>Zur Begrifflichkeit</i>	11
IV. <i>Gang der Untersuchung</i>	13
A. Vorgeschichte und Bedeutung des Sustainability-Konzepts	15
I. <i>Vorgeschichte</i>	15
II. <i>Der Inhalt des Sustainability-Konzepts</i>	18
1. Überblick	18
2. Präzisierung der Ziele	22
a) Ökologische Ziele	23
b) Ökonomische Ziele	25
c) Soziale Ziele	28
3. Zusammenhänge	31
a) Interdependenzen zwischen ökonomischen und ökologischen Fragen	31
b) Interdependenzen zwischen ökonomischen und sozialen Fragen	33
c) Interdependenzen zwischen ökologischen und sozialen Fragen	35
4. Der Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischen Belangen	37

a) Fortschrittsoptimismus	40
b) Neue Genügsamkeit	42
c) Kompromißlösungen	45
III. <i>Zur Operationalisierung des Sustainability-Konzepts</i>	50
1. Überblick	50
2. Das Zielproblem	51
3. Das Datenproblem	53
4. Das Problem der Instrumentenauswahl	57
a) Ökonomische Instrumente	60
b) Ordnungs- und planungsrechtliche Instrumente	63
c) Institutionelle Veränderungen	67
d) Bewußtseinsbildende Instrumente	69
5. Zukunftsfähige Entwicklung und Globalisierung	70
IV. <i>Kritik am Sustainability-Konzept</i>	72
V. <i>Zusammenfassung</i>	76
B. Die Verankerung des Sustainability-Konzepts im Völkerrecht	79
I. <i>Sustainable development in der Rechtsquellenlehre des Völkerrechts</i>	79
1. Die völkerrechtliche Bedeutung des Sustainability-Konzepts	80
2. Die völkerrechtliche Bedeutung von Einzelementen des Sustainability-Konzepts	88
a) Intergenerationelle Gerechtigkeit	88
b) Intragenerationelle Gerechtigkeit	91
ba) Grundsatz des equitable use	91
bb) Grundsatz des common heritage of mankind	93
bc) Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit	96
c) Sustainable use	99
d) Integration von Umwelt und Entwicklung	106
e) Zwischenergebnis	109
II. <i>Die Biodiversitätskonvention und die Klimarahmenkonvention als zentrale Abkommen des Erdgipfels</i>	110
1. Die Biodiversitätskonvention	110

a) Der innovative Charakter der Biodiversitätskonvention	111
b) Der Rahmencharakter der Biodiversitätskonvention	113
c) Bewertung	115
2. Die Klimarahmenkonvention	119
a) Der Inhalt der Klimarahmenkonvention unter Berücksichtigung des Protokolls von Kyoto	120
b) Das Kyoto-Protokoll: Resultat eines zwingenden allgemeinen Rechtsgrundsatzes des Völkerrechts?	122
c) Innovative Instrumente im Dienste des Klimaschutzes	125
d) Bewertung	129
III. Defizite der Völkerrechtsordnung und Reformvorschläge	133
1. Gründe für die geringen Beiträge des Völkerrechts zur zukunftsfähigen Entwicklung	133
2. Reformvorschläge für die Völkerrechtsordnung und deren Bewertung	140
IV. Zusammenfassung	148
C. Zukunftsfähige Entwicklung im Europarecht	151
I. <i>Sustainable development in den neuen vertraglichen Zielbestimmungen</i>	152
II. <i>Die europarechtliche Integrationsklausel</i>	154
III. <i>Rechtliche Folgen der Aufnahme des Sustainability-Konzepts in das Europarecht</i>	159
IV. Zusammenfassung	163
D. Verfassungsrechtliche Aspekte einer zukunftsfähigen Entwicklung	165
I. <i>Art. 20a GG als Einfallstor für das Sustainability-Konzept?</i>	166
II. <i>Art. 109 Abs. 2 GG als Hindernis für eine zukunftsfähige Entwicklung?</i>	168
III. <i>Die verfassungsrechtliche Bedeutung des Integrations- gedankens</i>	169
1. Das Rechtsstaatsprinzip und die Integration der drei Dimensionen	171

2. Verfassungsrechtliche Planungspflichten	172
3. Der Integrationsgedanke auf der Ebene der Bundesregierung . .	175
a) Inhalt und Grenzen des Ressortprinzips	176
b) Reformanregungen für eine stärkere Vernetzung verschiedener Politikbereiche	180
<i>ba) Stärkung integrativer Aspekte innerhalb der bestehenden Regierungsorganisation</i>	181
<i>bb) Die Vorbildfunktion der europarechtlichen Querschnittsklausel</i>	183
IV. Die Sicherung der langfristigen Perspektive	184
1. Die Berücksichtigung der langfristigen Perspektive in der Verfassung	185
2. Institutionelle Absicherung der Langzeitverantwortung	191
a) Die bestehenden Einrichtungen und insoweit vorhandene Verbesserungsvorschläge	191
b) Neue Institutionen zur Wahrung langfristiger Interessen und ihre Bewertung	196
<i>ba) Nachweltschutzverbände</i>	197
<i>bb) Unabhängige Bundes- bzw. Landesumweltzentralen . .</i>	198
<i>bc) Ombudsmann für Nachweltschutz</i>	201
<i>bd) Neue Beratungsgremien</i>	202
<i>be) Ein Rat für nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung als zusätzliches Organ der Gesetzgebung .</i>	205
3. Zukunftsfähigkeitsziele zur Wahrung der langfristigen Perspektive	209
a) Die Zweckmäßigkeit von Zukunftsfähigkeitszielen am Beispiel von Umweltzielen	211
b) Rechtsfragen der Festlegung von Zukunftsfähigkeitszielen .	214
<i>ba) Verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Festsetzung von Zielen der Zukunftsfähigkeit</i>	214
<i>bb) Die Verbandskompetenz zur Festlegung von Zielen der Zukunftsfähigkeit</i>	224
<i>bc) Die Organkompetenz zur Bestimmung von Zielen der Zukunftsfähigkeit</i>	230
<i>bd) Verfahrens- und Rechtsschutzfragen im Zusammenhang mit der Normierung von Zielen für eine zukunftsfähige Entwicklung</i>	237
V. Zusammenfassung	238

E. Nachhaltigkeit im deutschen Umweltrecht und ihre Beziehung zum Sustainability-Konzept	241
I. Das Verhältnis des umweltrechtlichen Begriffs der Nachhaltigkeit zum Sustainability-Konzept	242
II. Die Verwendung von „nachhaltig“ als eingriffscharakterisierendes Adjektiv	243
III. Die Verwendung von „nachhaltig“ im Zusammenhang mit der Ökonomie natürlicher Ressourcen	245
1. Ressourcenökonomie im Bundeswaldgesetz (BWaldG)	246
a) Kritik an der deutschen Forstwirtschaft	248
b) „Nachhaltigkeit der Vielfachnutzungen“ im Bundeswaldgesetz?	249
c) Reformvorschläge für das Bundeswaldgesetz	255
d) Gesetzgebungszuständigkeit für die Reformen des Bundeswaldgesetzes	257
e) Zwischenergebnis	258
2. Ressourcenökonomie im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	259
a) „Nachhaltig“ bei den Zielen des Naturschutzes	260
b) „Nachhaltig“ bei den Grundsätzen des Naturschutzes	263
c) Vorschläge für eine zukunftsfähige Reform der §§ 1 und 2 BNatSchG	267
d) Gesetzgebungszuständigkeit für die Reformen des Naturschutzrechts	272
e) Zwischenergebnis	274
3. Ressourcenökonomie im Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)	274
a) Das Ideal einer zukunftsfähigen Bodenbewirtschaftung	275
b) Leistungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes für eine zukunftsfähige Bodenbewirtschaftung	279
c) Leistungen anderer Gesetze für eine zukunftsfähige Bodenbewirtschaftung	284
d) Reformvorschläge für das Bodenschutzrecht	287
e) Zwischenergebnis	290
4. Ressourcenökonomie im Bundesjagdgesetz (BJagdG)	290
5. Ressourcenökonomie in den Binnenfischereigesetzen der Länder	295

6. Ressourcenökonomie im Wasserhaushaltsgesetz	295
a) Das Ideal einer zukunftsfähigen Ressourcenbewirtschaftung und die Realität der deutschen Wasserwirtschaft	296
b) Die Rolle einzelner Normen des WHG für eine zukunftsfähige Wasserbewirtschaftung	299
<i>ba) § 1a Abs. 1 WHG als Grundsatznorm einer zukunftsfähigen Wasserbewirtschaftung</i>	300
<i>bb) § 1 Abs. 2 WHG als Grundsatznorm einer zukunfts- fähigen Wasserbewirtschaftung</i>	303
<i>bc) § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WHG als Instrument einer zukunftsfähigen Wasserbewirtschaftung</i>	307
<i>bd) Bewirtschaftungspläne als Instrumente einer zukunfts- fähigen Wasserbewirtschaftung</i>	308
<i>be) Zwischenergebnis</i>	314
c) Vorschläge für eine zukunftsfähige Reform des Wasserrechts	315
IV. <i>Nachhaltigkeit als Prinzip des deutschen Umweltrechts?</i>	319
V. <i>Zusammenfassung</i>	325
F. Stoffstromrecht als Beitrag zu einer zukunftsfähigen Entwicklung	327
I. <i>Begriff und Ziele des Stoffstrommanagements</i>	327
II. <i>Der Zusammenhang zwischen Stoffstrommanagement und zukunftsfähiger Entwicklung</i>	330
III. <i>Regelungstechnik und Instrumente eines künftigen Stoffstromrechts</i>	332
IV. <i>Regelungsebene und Regelungsort eines künftigen Stoff- stromrechts</i>	339
V. <i>Ansätze für ein Stoffstromrecht im geltenden Umweltrecht</i>	343
1. Stoffstromrechtliche Ansätze im Immissionschutzrecht	344
a) Die Abfallvermeidungs- und -verwertungspflicht des § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	344
<i>aa) Der Regelungsgehalt der Vorschrift im einzelnen</i>	345
<i>ab) Beschränkungen und Umsetzungsschwierigkeiten bei § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG</i>	350

b) Immissionsschutzrechtliche Anforderungen an die Beschaffenheit von Anlagen, Fahrzeugen, Stoffen und Erzeugnissen	355
2. Stoffstromrechtliche Ansätze im Chemikalienrecht	358
3. Stoffstromrechtliche Ansätze im Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht	363
a) Abfallvermeidung im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz	364
b) Abfallvermeidung in Verordnungen zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz	369
c) Abfallverwertung im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz	371
d) Abfallverwertung in Verordnungen zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz	373
e) Flankierende Instrumente im Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht	378
f) Fazit und Verbesserungsvorschläge zu den stoffstromrechtlichen Ansätzen im Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht	381
VI. <i>Probleme und Restriktionen des Stoffstromrechts</i>	385
1. Europarecht als Schranke des nationalen Stoffstromrechts	386
2. Welthandelsrecht als Schranke des nationalen Stoffstromrechts	389
3. Verfassungsrecht als Schranke des nationalen Stoffstromrechts	393
VII. <i>Zusammenfassung</i>	399
G. Das Sustainability-Konzept in der Raum- und Umweltplanung	401
I. <i>Der neuseeländische Resource Management Act</i>	402
1. Sustainable management als Gesetzeszweck des Resource Management Act	404
2. Umsetzungsinstrumente des Resource Management Act	406
II. <i>Das Sustainability-Konzept und das bundesdeutsche Raumordnungsrecht</i>	410
1. Die neue Leitvorstellung des Raumordnungsrechts	411
2. Das Instrumentarium einer nachhaltigen Raumentwicklung	417
a) Regionalplanung	417
b) Weitere Neuerungen	419

3. Weitergehende Reformvorschläge für eine nachhaltige Raumentwicklung	422
4. Zwischenergebnis	426
<i>III. Rechtsvergleichende Betrachtung</i>	<i>426</i>
Schlußbetrachtung	430
Literaturverzeichnis	433
Sachregister	477

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Auffassung
AbfKoBiV	Abfallwirtschaftskonzept- und -bilanzverordnung
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
AFZ	Allgemeine Forstzeitschrift für Waldwirtschaft und Umweltvorsorge
AJIL	The American Journal of International Law (Zeitschrift)
AKP-EWG	Afrika-Karibik-Pazifik-Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv für öffentliches Recht (Zeitschrift)
APuZg	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Art.	Artikel
ASEAN	Association of South East Asian Nations
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts (Zeitschrift)
B	Beiheft, Beitrag
BauGB	Baugesetzbuch
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
BayFischereiG	Bayerisches Fischereigesetz
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBg LWaldG	Brandenburgisches Landeswaldgesetz
BBg WG	Brandenburgisches Wassergesetz
Bd.	Band
BerLWaldG	Berliner Landeswaldgesetz
Beschl.	Beschluß
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BIP	Bruttoinlandsprodukt

BJagdG	Bundesjagdgesetz
BJagdZVO	Bundesjagdzeiten-Verordnung
BMU	Bundesumweltministerium
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNatSchG- NeuregG-E	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften
BNatSchR	Bundesnaturschutzrecht
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BrWG	Bremer Wassergesetz
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgericht
BWaldG	Bundeswaldgesetz
BWVPr bzw.	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis (Zeitschrift) beziehungweise
ca.	circa
ChemG	Chemikaliengesetz
CSD	Commission on Sustainable Development
C-Waffen	Chemische Waffen
dass.	dasselbe
dB(A)	Dezibel (mit der Frequenzbewertungskurve A nach DIN 45633 bewertet)
DDT	Dichlor-Diphenyl-Trichloräthan (Insektizid)
DeGeNEU	Deutsche Gesellschaft für nachhaltige Entwicklung und Umweltvorsorge
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe, dieselben
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DSD	Duales System Deutschland
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
E	Entwurf
ebd.	ebenda
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen)
EEAC	European Environmental Advisory Councils
Einl.	Einleitung

Erl.	Erläuterung
EG	Europäische Gemeinschaft/ Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJIL	European Journal of International Law
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	Amtliche Sammlung der Entscheidungen der Verwaltungsgerichtshöfe Hessens und Baden-Württembergs
etc.	et cetera
EU	Vertrag über die Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EWGV	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f., ff.	folgende(r)
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FCCC	Framework Convention on Climate Change
FCKW	Fluorkohlenwasserstoffe
FischereiG BW	Fischereigesetz Baden-Württemberg
FischereiG MV	Fischereigesetz Mecklenburg-Vorpommern
FischereiG RP	Fischereigesetz Rheinland-Pfalz
FischereiG SH	Fischereigesetz Schleswig-Holstein
Fn.	Fußnote
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
G.	Gesetz
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
geänd.	geändert
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
GewArch.	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
GGK	Grundgesetzkommentar
GK-BImSchG	Gemeinschaftskommentar zum Bundes-Immissionsschutzgesetz
GOBReg	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
ha.	Hektar (10.000 qm)
Halbs.	Halbsatz
HELJ	Harvard Environmental Law Review
HessWG	Hessisches Wassergesetz
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.e.	im einzelnen
i.E.	im Ergebnis
i.e.S.	im engeren Sinne

IGH	Internationaler Gerichtshof
ILM	International Legal Materials
Immissions- schutzwerteV	Immissionsschutzwerteverordnung
i.S.d.	im Sinne des
ISEW	Index of Sustainable Economic Welfare
i. V.m.	in Verbindung mit
IUCN	International Union for the Conservation of Nature
IUR	Informationsdienst Umweltrecht (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jb.	Jahrbuch
Jhdt.	Jahrhundert
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KonzWerteV	Konzentrationswerteverordnung
KritV	Kritische Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
kW	Kilowatt
l	Liter
LAI	Länderausschuß für Immissionsschutz
Leits.	Leitsatz
LFoG NW	Landesforstgesetz Nordrhein-Westfalen
LWaG MV	Landeswassergesetz Mecklenburg-Vorpommern
LWG NW	Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen
LWaldG BW	Landeswaldgesetz Baden-Württemberg
LWaldG MV	Landeswaldgesetz Mecklenburg-Vorpommern
LWaldG SA	Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt
LWaldG SH	Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein
m	Meter
m ³	Kubikmeter
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m.w.N	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern

NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht-Rechtsprechungsreport
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NWVerfGH	Nordrhein-Westfälischer Verfassungsgerichtshof
o.ä.	oder ähnliche(s)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
o.J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PCB	Polychlorierte Biphenyle
PVC	Polyvinylchlorid
qkm	Quadratkilometer
RA	Rechtsanwalt
Rdz.	Randziffer
Reg.	Regierung
Rn.	Randnummer
RMA	Resource Management Act (Neuseeland)
ROG	Raumordnungsgesetz
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RuR	Raumforschung und Raumordnung (Zeitschrift)
S., s.	Seite, siehe
SaarLWaldG	Saarländisches Landeswaldgesetz
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SächsWaldG	Sächsisches Waldgesetz
SächsWG	Sächsisches Wassergesetz
Slg.	Sammlung
s.a.	siehe auch
s.o.	siehe oben
Sp.	Spalte
SRU	Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StT	Der Städtetag (Zeitschrift)
StWG	Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
s.u.	siehe unten
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZIER	Schweizer Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
t	Tonnen
Tab.	Tabelle
ThürWaldG	Thüringisches Waldgesetz

Thür WG	Thüringisches Wassergesetz
TÜV	Technischer Überwachungsverein
Tz.	Textziffer
u.	und
u.a.	und andere
u.ä.	und ähnliche(s)
UBA	Umweltbundesamt
UCLA	University of California Los Angeles
UGB-AT	Umweltgesetzbuch, Allgemeiner Teil (Entwurf)
UGB-BT	Umweltgesetzbuch, Besonderer Teil (Entwurf)
UGB-KomE	Entwurf der Unabhängigen Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNEP	United Nations Environment Programme
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
URP/ DEP	Umweltrecht in der Praxis/ Le Droit de l'environnement dans la pratique (Zeitschrift)
Urt.	Urteil
UStG	Umsatzsteuergesetz
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts
v.	vom/ von
v.H.	von Hundert
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
vergl.	vergleiche
VerpackV	Verpackungsverordnung
VerwArch.	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Vwv.	Verwaltungsvorschrift
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen
WCED	World Commission on Environment and Development
WG BW	Wassergesetz Baden-Württemberg
WG SA	Wassergesetz Sachsen-Anhalt
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung, Beilage zum Gewerbearchiv (Zeitschrift)
WRMG	Wasch- und Reinigungsmittelgesetz

ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Rechtsvergleichung
ZAU	Zeitschrift für angewandte Umweltforschung
z.B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht
Zi.	Ziffer
zit.	zitiert
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Verzeichnis der verwendeten völkerrechtlichen Verträge

(nach Abschlußdatum chronologisch geordnet)

- Statute of the International Court of Justice*, 26.06. 1945; BGBl II 1973, S. 505ff.
- International Convention for the Regulation of Whaling*, 02.12. 1946; Burhenne, (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 946:89
- General Agreement on Tariffs and Trade*, 30.10. 1947; BGBl II 1951, Anlage-Bd. 1, S. 4ff.
- Convention for the Establishment of an Inter-American Tropical Tuna Commission*, 31.05.1949; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 949:41
- International Convention for the High Seas Fisheries of the North Pacific Ocean*, 09.05. 1952; ONLINE: http://sedac.ciesin.org/pidb/texts/fisheries/north_pacific.1952.html
- Antarctic Treaty*, 01.12. 1959; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 959:91
- International Convention for the Conservation of Atlantic Tunas*, 14.05. 1966; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 966:38
- Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space including the Moon*, 27.01. 1967; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 967:07
- African Convention on the Conservation of Nature and Natural Resources*, 15.09. 1968; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 968:68
- Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge*, 23.05. 1969; BGBl II 1985, S. 926ff.
- Convention for the Conservation of Antarctic Seals*, 01.06. 1972; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 972:41
- Convention on the Conservation of Nature in the South Pacific*, 12.06. 1976; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 976:45
- Kuwait Regional Convention for Co-operation on the Protection of the Marine Environment from Pollution*, 24.04. 1978; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 978:31
- Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride*, 11.08. 1978; BGBl II 1978, S. 1053ff.
- Convention on the Future Multilateral Cooperation in the Northwest Atlantic Fisheries*, 24.10. 1978; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 978:79
- Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten*, 23.06. 1979; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 979:55
- Agreement Governing the Activities of States on the Moon and other Celestial Bodies*, 05.12. 1979; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 979:92
- Convention of Co-operation on the Protection and Development of the Marine and Coastal Environment of the West and Central Africa Region*, 23.03. 1981; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 981:23

- Regional Convention for the Conservation of the Red Sea and of the Gulf of Aden Environment*, 14.02. 1982; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 982:13
- United Nations Convention on the Law of the Sea*, 10.12. 1982; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 982:92
- Convention for the Protection and Development of Marine Environment of the Wider Caribbean Region*, 24.03. 1983; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 982:23
- Convention for the Protection and Development of the Eastern African Region*, 21.06. 1985; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 985:46
- ASEAN Agreement on the Conservation of Nature and Natural Resources*, 09.07. 1985 (Noch nicht in Kraft); Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 985:51
- Convention for the Protection of the Natural Resources and Environment in the South Pacific Region*, 24.11. 1986; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 986:87
- Agreement on the Action Plan for the Environmentally Sound Management of the Common Sambezi River*, 28.05. 1987; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 987:40
- Viertes AKP-EWG Abkommen*, 15.12. 1989; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 989:93
- Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context*, 25.02. 1991; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 991:15
- Protocol to the Antarctic Treaty on Environmental Protection*, 04.10. 1991; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 991:74
- Agreement on the Conservation of Small Cetaceans of the Baltic and North Sea*, New York, 17.03. 1992; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 992:21
- Convention on the Transboundary Effects of Industrial Accidents*, 17.03. 1992; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 992:22
- Framework Convention on Climate Change*, 09.05. 1992; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 992:35
- Convention on Biological Diversity*, 05.06. 1992; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 992:42
- Convention for the Conservation of the Biodiversity and the Protection of the Wilderness Areas in Central America*, 05.06. 1992; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 992:43
- Convention for the Protection of the Marine Environment of the North East Atlantic (OSPAR)*, 22.09. 1992; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 992:71
- Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna*, 10.05. 1993; ONLINE <http://sedac.ciesin.org/pidb/texts/acrc/Bluefin.txt.html>
- Agreement Establishing the South Pacific Regional Environmental Programme*, 16.06. 1993; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 993:45
- North American Agreement on Environmental Co-operation*, 13.09. 1993; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 993:68
- Übereinkommen zur Förderung der Einhaltung internationaler Erhaltung- und Wirtschaftsmaßnahmen durch Fischereifahrzeuge auf Hoher See*, 24.11. 1993; EG Abl. 1996, Nr. L 177, S. 24ff.
- Agreement for the Establishment of the Indian Ocean Tuna Commission*, 25.11. 1993; ONLINE <http://www.ecolex.org/iucn/elipac/treaties/tre-1950.txt>
- Convention for the Establishment of the Lake Victoria Fisheries Organization*, 30.06. 1994; ILM 1997, S. 667ff.

- Agreement on the Preparation of a Tripartite Environmental Management Programme for Lake Victoria*, 05.08. 1994; ONLINE: <http://www.ecolex.org/iucn/elipac/treaties/tre-2000.txt>
- Lusaka Agreement on Co-operation Enforcement Operations Directed at Illegal Trade in Wild Fauna and Flora*, 08.09. 1994; ONLINE: <http://www.ecolex.org/iucn/elipac/treaties/tre-2010.txt>
- International Convention to Combat Desertification in those Countries Experiencing Serious Drought and/ or Desertification particularly Africa*, 14.10. 1994; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 994:76
- Agreement for the Implementation of the Provisions of the United Nations Convention on the Law of the Sea relating to the Conservation and Management of Straddling Fish Stocks and Highly Migratory Fish Stocks*, 04.08. 1995; Burhenne (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, 982:92
- Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change*, 10.12. 1997; ONLINE: <http://www.unfccc.de/fccc/docs/cop3/protocol.html>
- Cartagena Protocol on Biosafety to the Convention on Biological Diversity*, 29.01. 2000; ONLINE: <http://www.biodiv.org/biosafe/Protocol/Protocol.html>

Einleitung

I. Gegenstand der Untersuchung

Den Anstoß für die vorliegende Untersuchung gab die Überlegung, daß das Verhältnis zwischen dem Sustainability-Konzept¹ auf der einen Seite und der Rechtsordnung auf der anderen Seite in vielfacher Hinsicht ungeklärt ist.

Daß die Rechtsordnung einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des – zunächst aus dem politischen Raum stammenden² – Konzepts des sustainable development leisten kann und muß, erkennen der Brundtland-Bericht³, die Dokumente der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992⁴ und die Literatur⁵ einhellig an, obwohl das Recht zugegebenermaßen nicht das einzige Umsetzungsinstrument⁶ sein kann⁷.

Diese Feststellung zieht zwei Fragen nach sich: erstens welche Möglichkeiten der Völkerrechtsgemeinschaft bzw. dem nationalen Verfassungs- und Gesetzgeber de lege ferenda zur Verfügung stehen, um das Sustainability-Konzept in die Rechtsordnung einzubauen, und zweitens ob das geltende Recht einige dieser Möglichkeiten eventuell bereits genutzt hat.

Zur Systematisierung der Integrationsmöglichkeiten soll – *Robert Alexy* folgend⁸ – zunächst die rechtstheoretische Unterscheidung zwischen Prinzipien und Regeln vorgestellt und dann auf das Problem der Umsetzung des Sustainability-Konzepts in Rechtsnormen angewandt werden.

¹ Zur Terminologie und Übertragung ins Deutsche s. sogleich unter III.

² *Sendler u.a.*, UGB-KomE, Begründung, S.448.

³ *WCED*, Our Common Future, S.9f. u. 308ff.

⁴ Rio-Deklaration Grundsätze 11 (Umweltrecht), 13 (Umwelthaftung), 17 (Umweltverträglichkeitsprüfung); Agenda 21 Kap 8.2. f., 8.14, 8.16ff., Kap.38.2. u. Kap.39.

⁵ *Streinz*, Verwaltung 1998, 449, 454 u. 464f.; *Steinberg*, Der ökologische Verfassungsstaat, S.140f.; *Singh*, Foreword, S.IX, X; *Lang*, How to manage Sustainable Development?, S.90, 104; s.a. *Munro/Lammers*, Environmental Protection and Sustainable Development, S.25ff.; *Menzel*, ZRP 2001, 221, 229; *ARL*, Nachhaltigkeitsprinzip in der Regionalplanung, S.11.

⁶ Genauer zu verschiedenen möglichen Umsetzungsmaßnahmen unter A. III. 4.

⁷ *WCED*, Our Common Future, S.63; *Steinberg*, Der ökologische Verfassungsstaat, S.112; *Lübbe-Wolff*, Zielorientierte Umweltpolitik, S.397; *Haber*, Nachhaltigkeit – Bilanz und Ausblick, S.75, 81; *Streinz*, Verwaltung 1998, 449, 454 u. 464; *Schröder*, Sustainable Development, S.157, 161.

⁸ *Alexy*, Theorie der Grundrechte, S.71ff.; *Alexy*, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S.59, 63ff.

Prinzipien stellen demnach Rechtsnormen dar, die als Optimierungsgebote fordern, daß ein individuelles oder kollektives Rechtsgut in Abhängigkeit von den rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten in möglichst hohem Maß realisiert wird⁹. Insbesondere gegenläufige Rechtsprinzipien und -regeln begrenzen den Wirkungsbereich des einzelnen Rechtsprinzips, so daß – je nach Sach- und Rechtslage – ein Mehr oder Minder seiner Realisierung den Normalfall darstellt¹⁰. M.a.W. gelten Prinzipien nicht absolut¹¹, sondern je nach ihrem Gewicht im Einzelfall, sie sind kompromißfähig¹². Beispiele für Prinzipien im genannten Sinne bilden Grundrechtsnormen oder Staatszielbestimmungen¹³.

Sofern ein Rechtsprinzip, wie die eben angeführten Beispiele, für alle Rechtsgebiete einer Rechtsordnung relevant wird, kann man von einem globalen Rechtsprinzip sprechen¹⁴. Für die Grundrechte erkennt das *Bundesverfassungsgericht* dies an, indem es in ihnen eine objektive Wertordnung sieht, die für alle Bereiche des Rechts Geltung beanspruchen könne¹⁵.

⁹ Alexy, Theorie der Grundrechte, S. 75f. u. 84; Alexy, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S. 59, 80; Kaufmann, Rechtsphilosophie, S. 51; Eidenmüller, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 462f.; Hoppe, in: Hoppe/Grotefels, Öffentliches Baurecht, § 7, Rdz. 19; Schroeder, UPR 2000, 52, 53; Söhnlein, Landnutzung im Umweltstaat, S. 63; di Fabio, NVwZ 1999, 1153, 1154; Koch, Die normtheoretische Basis der Abwägung, S. 9, 17f. u. 20; Callies, Rechtsstaat und Umweltstaat, S. 179f.; Kopfmüller u.a., Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet, S. 175; Westphal, DÖV 2000, 996, 997; kritisch zu dem letztgenannten Definitionsmerkmal Penski, JZ 1989, 105, 109f.; zur Unterscheidung von Prinzipien und Regeln im Völkerrecht s. Bodansky, The UN Framework Convention on Climate Change, S. 210, 213; Epiney/Scheyli, Strukturprinzipien des Umweltvölkerrechts, S. 82; Guruswamy/Hendricks, International Environmental Law, S. 28; Sands, International Law in the Field of Sustainable Development, S. 53, 55.

¹⁰ Alexy, Theorie der Grundrechte, S. 76, 88 u. 120; Alexy, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S. 59, 79 u. 81; Dreier, Recht – Staat – Vernunft, S. 83; Koch, Die normtheoretische Basis der Abwägung, S. 9, 18; Westphal, DÖV 2000, 996, 997; Eidenmüller, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 463; Kopfmüller u.a., Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet, S. 175.

¹¹ Ausführliche Diskussion anhand der Menschenwürde bei Alexy, Theorie der Grundrechte, S. 94ff.; s.a. Spiecker, Raumordnung und Private, S. 60; Westphal, DÖV 2000, 996, 997; kritisch Penski, JZ 1989, 105, 107.

¹² Kaufmann, Rechtsphilosophie, S. 51; Alexy, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S. 59, 64; Dreier, Recht – Staat – Vernunft, S. 83f.; Söhnlein, Landnutzung im Umweltstaat, S. 64; Hoppe, in: Hoppe/Grotefels, Öffentliches Baurecht, § 7, Rdz. 19; Schroeder, UPR 2000, 52, 53; Eidenmüller, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 463; Murswiek, ZUR 2001, 7, 11; Spiecker, Raumordnung und Private, S. 60.

¹³ Eidenmüller, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 463f.; Alexy, Theorie der Grundrechte, S. 90 u. 118; Koch, Die normtheoretische Basis der Abwägung, S. 9, 17; Dreier, Recht – Staat – Vernunft, S. 84; Söhnlein, Landnutzung im Umweltstaat, S. 64.

¹⁴ Eidenmüller, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 464.

¹⁵ St. Rspr. seit BVerfG, Urt. v. 15.01. 1958, – 1 BvR 400/51 –, BVerfGE 7, 198, 205; s. BVerfG, Urt. v. 25.02. 1975, – 1 BvF 1/74 u.a. –, BVerfGE 39, 1, 41; BVerfG, Beschl. v. 25.07. 1979, – 2 BvR 878/74 –, BVerfGE 52, 131, 165f.; BVerfG, Beschl. v. 23.04. 1986, – 2 BvR 487/80 –, BVerfGE 73, 261, 269; BVerfG, Beschl. v. 19.10. 1993, – 1 BvR 567, 1044/89 –, BVerfGE 89, 214, 229f.

Im Unterschied zu den *globalen* Rechtsprinzipien gelten *lokale* Rechtsprinzipien lediglich in einem bestimmten Rechtsgebiet und lassen sich nicht auf andere Bereiche der Rechtsordnung übertragen¹⁶. Das *Bundesverfassungsgericht* arbeitet mit einer ähnlichen Differenzierung, wenn es zur richterlichen Rechtsfortbildung ausführt, daß bei unzureichenden gesetzlichen Vorgaben das materielle Recht aus den allgemeinen Rechtsgrundlagen abzuleiten sei, die für das betreffende Rechtsverhältnis – also lokal – maßgeblich seien¹⁷. *Horst Eidenmüller* hat aus einer Zusammenschau zahlreicher haushaltsrechtlicher Normen beispielsweise den Schluß gezogen, daß (ökonomische) Effizienz ein lokales Rechtsprinzip des Haushaltsrechts darstelle¹⁸.

Abgesehen von der Unterteilung nach ihrer Reichweite lassen sich Rechtsprinzipien ebenfalls nach ihrem Gehalt unterscheiden, nämlich in materielle und formelle Prinzipien¹⁹. Zu den ersteren zählen die Grundrechte, zu den letzteren etwa das Prinzip, daß der demokratische Gesetzgeber die für die Gemeinschaft wichtigen Entscheidungen zu treffen hat²⁰.

Die Ausführungen zu den verschiedenen Kategorien von Prinzipien lassen bereits Kriterien dafür erkennen, unter welchen Bedingungen ein Rechtsgedanke als tragendes Prinzip eines Rechtsgebietes oder der Rechtsordnung angesehen werden kann. Generell kann man nur dann von einem Rechtsprinzip reden, wenn es Normen gibt, die das entsprechende Prinzip für die Rechtsordnung relevant werden lassen²¹. Globale Rechtsprinzipien bedürfen entweder expliziter Verankerung in der Verfassung oder einer Ableitung aus ihr, insbesondere aus ihrem Grundrechtsteil, oder einer weiten Verbreitung in Normen der gesamten Rechtsordnung²². Lokale Rechtsprinzipien liegen vor, wenn diese sich in zahlreichen Normen eines speziellen Rechtsgebietes nachweisen lassen²³.

Regeln als Gegenbegriff zu den Prinzipien werden als definitive Anordnungen im Raum des tatsächlich und rechtlich Möglichen beschrieben, die nur entweder erfüllt oder nicht erfüllt sein können²⁴, ohne daß Platz für Abwägungen wäre²⁵.

¹⁶ *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 464.

¹⁷ BVerfG, Beschl. v. 26.06. 1991, – 1 BvR 779/85 –, BVerfGE 84, 212, 226f.

¹⁸ *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 465.

¹⁹ *Alexy*, Theorie der Grundrechte, S. 120, s.a. S. 89 u. 267.

²⁰ *Alexy*, Theorie der Grundrechte, S. 120.

²¹ *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 463; *Penski*, JZ 1989, 105, 111; *Alexy*, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S. 59, 83; *Westphal*, DÖV 2000, 996, 998; *di Fabio*, NVwZ 1999, 1153, 1154.

²² *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 464; *Alexy*, Theorie der Grundrechte, S. 93 u. 118f.

²³ *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 465.

²⁴ *Alexy*, Theorie der Grundrechte, S. 76, 88 u. 90; *Kaufmann*, Rechtsphilosophie, S. 51; *Penski*, JZ 1989, 105, 106 u. 111; *Dreier*, Recht – Staat – Vernunft, S. 83f.; *Alexy*, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S. 59, 63 u. 80f.; *Spiecker*, Raumordnung und Private, S. 59f.; *Söhnlein*, Landnutzung im Umweltstaat, S. 63; *Schroeder*, UPR 2000, 52, 53; *Hoppe*, in: *Hoppe/Grottel*, Öffentliches Baurecht, § 7, Rdz. 19; *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 462.

Die Ge- und Verbote des Strafrechts oder der Straßenverkehrsordnung lassen sich insoweit als Beispiele nennen²⁶. Als Regeln im genannten Sinne werden auch die abschließend abgewogenen konkreten Ziele in Raumordnungsplänen bewertet²⁷.

Vom rechtstheoretischen Standpunkt aus betrachtet ließe sich das Sustainability-Konzept als Ganzes entweder in Form eines globalen oder eines lokalen Rechtsprinzips in die Rechtsordnung integrieren. Aufgrund seiner – sogleich näher zu beleuchtenden²⁸ – Vielschichtigkeit erscheint es hingegen nicht angemessen, es in die Form von Regeln zu gießen.

Teilelemente des sustainable development, wie z.B. die stärkere Berücksichtigung künftiger Generationen, könnten sich indes dazu eignen, als Regeln in die Rechtsordnung eingefügt zu werden. Vorstellbar wäre auch, daß Teilelemente des Konzepts als globale oder lokale Rechtsprinzipien Verbindlichkeit erlangen.

Inwieweit dieser de lege ferenda vorstellbare Katalog von Möglichkeiten, das Gesamtkonzept des sustainable development oder zumindest Teilelemente desselben in Rechtsnormen zu kleiden, de lege lata bereits ansatzweise realisiert ist, stellt die erste zentrale Fragestellung der Arbeit dar.

Die Meinungen gehen hier in Abhängigkeit von der jeweils angesteuerten rechtlichen Ebene weit auseinander.

Im Völkerrecht ist beispielsweise umstritten, ob das Sustainability-Konzept seit der Rio-Konferenz 1992 eine anerkannte Regel des Völkergewohnheitsrechts²⁹, ein Prinzip des Völkergewohnheitsrechts³⁰, oder ein Konzept ohne jede völkerrechtliche Verbindlichkeit³¹ darstellt. Die Diskussion um die völkerrechtliche Qualität des sustainable development berührt – wie ein Blick auf Art. 25 GG zeigt – auch das nationale Recht, zählt doch Völkergewohnheitsrecht zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts³², die im Stufenbau der Rechtsordnung über dem einfachen Bundesrecht stehen³³. Ein völkerrechtliches Prinzip „sustainable

²⁵ Skeptisch zur strengen Trennung von Regeln und Prinzipien nach diesem Merkmal Koch, Die normtheoretische Basis der Abwägung, S. 9, 18f.

²⁶ Alexy, Theorie der Grundrechte, S. 76 mit Fn. 25; Alexy, Zum Begriff des Rechtsprinzips, S. 59, 80.

²⁷ Spiecker, Raumordnung und Private, S. 61; Schroeder, UPR 2000, 52, 53.

²⁸ S. u. A.

²⁹ Hohmann, NVwZ 1993, 311, 314; Reimann, Süßwasserressourcen im Umweltvölkerrecht, S. 151; Jositsch, URP/ DEP 1997, 93, 112f.

³⁰ Epiney/Scheyli, SZIER 1997, 247, 264f.; ähnlich Verheyen, Der Beitrag des Völkerrechts zum Klimaschutz, S. 29, 32f.; Calliess, Rechtsstaat und Umweltstaat, S. 147.

³¹ Feist, JuS 1997, 490, 494; Streinz, Verwaltung 1998, 449, 468; Beyerlin, The Concept of Sustainable Development, S. 95, 120.

³² BVerfG, Beschl. v. 09. 06. 1971, – 2 BvR 225/69 –, BVerfGE 31, 145, 177; BVerfG, Beschl. v. 16. 12. 1983, – 2 BvR 1160/83 u. a. –, BVerfGE 66, 39, 64f.; Streinz, in: Sachs, GG, Art. 25, Rdz. 32; Jarass, in: Jarass/ Pieroth, GG, Art. 25, Rdz. 6; Schweitzer, Staatsrecht III, S. 162; differenzierend Kunig, Völkerrecht und staatliches Recht, S. 142ff.

³³ Jarass, in: Jarass/ Pieroth, GG, Art. 25, Rdz. 10; Streinz, in: Sachs, GG, Art. 25, Rdz. 88ff.; Kunig, Völkerrecht und staatliches Recht, S. 148f.; Schweitzer, Staatsrecht III, S. 164f.

development“ hätte für das nationale Gesetzesrecht deshalb die Bedeutung eines globalen Prinzips.

Je nach den Ergebnissen der Debatte über die rechtliche Bedeutung des Sustainability-Konzepts im Völkerrecht wird sich auch beurteilen lassen, ob die Vorreiterrolle bei seiner Verwirklichung eher dem nationalen³⁴ oder dem internationalen³⁵ Recht zuzuweisen ist.

Auf der Ebene des Europarechts werden die Änderungen des EU- und EG-Vertrages im Gefolge der Amsterdamer Neufassung dahingehend interpretiert, daß das Sustainability-Konzept nunmehr endgültig festgeschrieben sei³⁶.

Unklar bleibt, ob dies für das Gesamtkonzept oder Teilelemente gilt, da das Europarecht nicht näher definiert, was es unter sustainable development verstehen will³⁷. Unsicherheiten bestehen auch über die Reichweite eines solchen europavertragsrechtlichen Prinzips und sein Verhältnis zu anderen Vertragszielen. Manche erwarten von den neuen Vertragsbestimmungen tiefgreifende Änderungen des deutschen Umweltrechts³⁸, während andere sich auf den Standpunkt stellen, erst die sekundärrechtliche Konkretisierung vermöge wesentliches zu bewirken³⁹.

Im Verfassungsrecht gehen Überlegungen dahin, das Sustainability-Konzept in Bezug zu bestehenden Prinzipien zu setzen.

Die insoweit weitgehendste These dürfte die Behauptung darstellen, die Staatszielbestimmung des Art. 20a GG enthalte das Konzept der nachhaltigen bzw. zukunftsfähigen Entwicklung bereits implizit⁴⁰. Schutzpflichten aus Grundrechten werden ebenfalls bemüht, um eine verstärkte Berücksichtigung von Elementen des sustainable development im Verfassungsrecht zu begründen⁴¹.

Andererseits wird auf gegenläufige Verfassungsgrundsätze verwiesen. So findet sich die Auffassung, daß das Ressortprinzip (Art. 65 Satz 2 GG) der Verwirklichung des Sustainability-Konzepts entgegen stehe⁴². Ferner werden Widersprü-

³⁴ So die Auffassung von *Lang*, *How to manage Sustainable Development?*, S.90, 101f.; *Taylor*, *An Ecological Approach to International Law*, S.351; *Panjabi*, *The Earth Summit*, S.192; *Stec*, *Golden Gate University Law Review* 29 (1999), 317, 324f.; *Graf Vitzthum*, *Raum, Umwelt und Wirtschaft im Völkerrecht*, S.465 mit Fn.415.

³⁵ In diese Richtung argumentieren *Hohmann*, *NVwZ* 1993, 311, 312 u. *Epiney/Scheyli*, *Strukturprinzipien des Umweltvölkerrechts*, S.162.

³⁶ *Spannowsky*, *UPR* 1998, 161, 164; *Frenz*, *ZG* 1999, 143 u. 145; *Callies*, *DVBl* 1999, 559, 562 u. 564; *Frenz/Unnerstall*, *Nachhaltige Entwicklung im Europarecht*, S.203; *Kienle*, in: *Bergmann/Lenz*, *Der Amsterdamer Vertrag*, S.122f. u. 128; *Frenz*, *Europäisches Umweltrecht*, S.2; *Callies*, in: *Callies/Ruffert*, *EUV/EGV*, Art.6 EGV, Rdz. 13.

³⁷ *Frenz*, *ZG* 1999, 143.

³⁸ *Frenz*, *ZG* 1999, 143, 160.

³⁹ *Schroeder*, *Umweltschutz als Gemeinschaftsziel*, S.181, 187; *Schink*, *ZAU* 1999, 183, 184; *Kraemer*, *EC Environmental Law*, S.57.

⁴⁰ *Caspar*, *ARSP* 1997, 338, 356 u. 358f.; *Frenz*, *Nachhaltige Entwicklung nach dem Grundgesetz*, S.37, 42 u. 79.

⁴¹ *Frenz*, *Nachhaltige Entwicklung nach dem Grundgesetz*, S.37, 67f.

⁴² *Erbguth*, *Konsequenzen der neueren Rechtsentwicklung im Zeichen nachhaltiger Raum-*

che konstatiert zwischen der staatlichen Verpflichtung zur Wachstumsvorsorge aus Art. 109 Abs. 2 GG i. V.m. dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und wichtigen Aussagen des sustainable development⁴³.

Auf der Ebene des einfachen Rechts könnte das Sustainability-Konzept zunächst als lokales Rechtsprinzip in der neuen Leitvorstellung des § 1 Abs. 2 ROG niedergelegt worden sein, deren Tragweite näher zu begutachten sein wird.

Ferner könnte es für das Umweltrecht Relevanz haben. Das Konzept des sustainable development wird von manchen in die Nähe des Vorsorgeprinzips gerückt⁴⁴. Überdies wird vorgebracht, im Umweltrecht gelte das Nachhaltigkeitsprinzip⁴⁵. Die diesbezügliche Frage nach dem Verhältnis zum Sustainability-Konzept drängt sich auf. Wie noch i.e. zu zeigen sein wird, ist das Nachhaltigkeitsprinzip nicht mit dem Gesamtkonzept des sustainable development identisch, es enthält jedoch ein wichtiges Teilelement, nämlich den rationalen Umgang mit erneuerbaren Ressourcen. Zu überprüfen bleibt, ob dieser Kerngedanke des sustainable development das deutsche Umweltrecht in solcher Weise prägt, daß von einem lokalem Rechtsprinzip der Nachhaltigkeit gesprochen werden kann. Um dies herauszufinden, wird zu analysieren sein, ob die als Belege angeführten einzelnen Normen – genannt werden hier besonders Bestimmungen des Bundeswaldgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes, des Bundes-Bodenschutzgesetzes und des Wasserhaushaltsgesetzes – als Regeln einen vernünftigen Umgang mit erneuerbaren natürlichen Ressourcen i.S.d. sustainable development beinhalten. Denn nur die Existenz zahlreicher gleichgerichteter Regeln erlaubt es, auf ein lokales Prinzip zu schließen.

Die Klärung der vorstehend angerissenen Behauptungen und Unsicherheiten erfordert vornehmlich eine Auseinandersetzung mit dem geltenden Recht auf der jeweiligen Ebene der Rechtsordnung.

Dabei soll die Untersuchung jedoch nicht stehen bleiben. Ergänzend sind – und hierin liegt die zweite zentrale Fragestellung der Arbeit – de lege ferenda Wege aufzuzeigen, wie wichtigen Kerngedanken des sustainable development stärkeres rechtliches Gewicht verliehen werden kann.

So werden auf der völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Ebene Vorschläge für neue Institutionen dargestellt und bewertet⁴⁶.

entwicklung, S. 143, 150; *Bosselmann*, Ökologischer Rechtsstaat, S. 53, 56; *Hesse*, RuR 1996, 103, 113; *Simonis*, APuZg 1991, B 10, S. 3, 4; für die USA *Meyers/Muller*, Buffalo Environmental Law Journal 4 (1996), 1, 17.

⁴³ *Theobald*, ZRP 1997, 439, 440.

⁴⁴ *Rehbinder*, Ziele, Grundsätze, Strategien und Instrumente, Rdz. 66; *Lendi*, Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips, S. 73, 86 u. 96; *Kloepfer*, Umweltrecht, § 4, Rdz. 6.

⁴⁵ *Rehbinder*, Ziele, Grundsätze, Strategien und Instrumente, Rdz. 15 u. 60; *Schmidt*, Einführung in das Umweltrecht, S. 3; *Badura*, Langzeitrisiko und Verfassung, S. 43, 58.

⁴⁶ S.u. B.III. 2. u. D.III. 3.b) u. D. IV. 2.

Reformanregungen für eine stringenteren Verwirklichung des sustainable development kann man sich auch von dem Vergleich zwischen dem bundesdeutschen Raumplanungsrecht und seinem neuseeländischen Pendant, dem Resource Management Act, erhoffen, die beide das Sustainability-Konzept in gesetzliche Zielbestimmungen aufnehmen⁴⁷.

Auf der einfachrechtlichen Ebene geht es ferner um die Optimierung derjenigen Vorschriften, die schon jetzt Ansätze zur Verwirklichung des Sustainability-Konzepts erkennen lassen. Weitergehend soll mit dem Stoffstromrecht aber auch ein umfassendes Reformmodell vorgestellt und unter rechtlichen Gesichtspunkten diskutiert werden, welches im Sinn des sustainable development ein neues Verhältnis von Wirtschaft und Umwelt anstrebt⁴⁸. Die problematische Beziehung zwischen ökonomischen und ökologischen Belangen als ein Zentralproblem des Sustainability-Konzepts wird an mehreren Stellen thematisiert. So ist ein Abschnitt des ersten Kapitels dem Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Ökologie gewidmet⁴⁹ und ein Abschnitt des vierten Kapitels greift diese Frage im Zusammenhang mit Art. 109 Abs. 2 GG auf⁵⁰. Auch das fünfte Kapitel, welches sich im Schwerpunkt mit den umweltrechtlichen Regeln für eine nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen befaßt, hat den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie zum Gegenstand⁵¹. Denn es geht im Kern darum, welche Anteile eines erneuerbaren Naturguts regelmäßig vom Menschen genutzt werden dürfen, ohne daß sich die relevanten Güter erschöpfen.

Während es im Umweltrecht mit seinen wirtschaftlichen Bezügen – wie auch im Völkerrecht, Europarecht und Verfassungsrecht – zahlreiche rechtliche Anknüpfungspunkte gibt, die in Hinblick auf das Sustainability-Konzept ausgewertet werden können, fehlen solche Anhaltspunkte im Sozialrecht, obwohl auch diesem Rechtsgebiet Relevanz für eine zukunftsfähige Entwicklung bescheinigt wird⁵². Dies mag daran liegen, daß bereits die politische Diskussion in Deutschland die Aspekte Umwelt und Wirtschaft in den Mittelpunkt stellt⁵³, wohingegen die sozialen Gesichtspunkte einer zukunftsfähigen Entwicklung weit weniger Beachtung finden. Die Erklärung für dies Phänomen könnte darin bestehen, daß sich für Deutschland als hochentwickeltem Industrieland Probleme vor allem im

⁴⁷ S.u. G.

⁴⁸ *Brandt/Röckeisen*, Konzeption für ein Stoffstromrecht, S. 7 bezeichnen das Stoffstromrecht als ein Querschnittsrecht zwischen Umwelt- und Wirtschaftsrecht; zur näheren Erläuterung des Stoffstromkonzepts s.u. F. I.–IV.

⁴⁹ S.u. A. II. 4.

⁵⁰ S.u. D. II.

⁵¹ S.u. E.

⁵² *Streinz*, Verwaltung 1998, 449, 460.

⁵³ *Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt* – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung, BT-Drucks. 13/11200, S. 16; *Frenz/Unnerstall*, Nachhaltige Entwicklung im Europarecht, S. 112; *Lambrecht/Thierstein*, RuR 1998, 101, 102.

Bereich des Umweltverbrauchs ergeben⁵⁴. *Ernst-Ulrich von Weizsäcker* hat deshalb gefordert, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Umwelt sein müsse⁵⁵. Im Vergleich zu den Ländern des Südens kann dagegen eine intensive Förderung sozialer Aspekte in Deutschland nicht als vorrangig angesehen werden. Überdies wird zu Recht angenommen, die Anpassungsfähigkeit der ökonomischen und sozialen Systeme sei höher als die der Umwelt⁵⁶. Zur Zeit lassen sich jedenfalls sozialrechtliche Normen, die vom Sustainability-Konzept geprägt sind, im Bundesrecht nicht nachweisen. Mangels ausreichenden Untersuchungstoffes wird das (nationale) Sozialrecht deshalb aus den weiteren rechtlichen Überlegungen ausgeklammert. Die soziale Seite der zukunftsfähigen Entwicklung wird jedoch in ihren Wechselwirkungen mit ökologischen und ökonomischen Komponenten dargestellt⁵⁷, sowie in ihrer völkerrechtlichen Gestalt – der intragenerationellen Gerechtigkeit – näher betrachtet⁵⁸.

II. Das Leitbild der zukunftsfähigen Entwicklung als Zeitgeistströmung

Die Chancen dafür, daß sich das Recht im Sinne des Sustainability-Konzepts verändert, wären – auf lange Sicht – optimistisch zu beurteilen, wenn das Konzept dem Zeitgeist entspräche.

Unter dem Begriff Zeitgeist sollen – *Thomas Würtenberger* folgend – die großen geistigen Strömungen einer Epoche, ihre geistige Verfassung, ihr kollektives Bewußtsein verstanden werden⁵⁹. Unbestritten stellt das Recht keine weltanschaulich geschlossene Materie dar, sondern steht wegen seiner Abhängigkeit vom Zeitgeist⁶⁰ der Integration neuer politisch-gesellschaftlicher Entwicklungen grundsätzlich offen. Was, wie die mittelalterliche Ständegesellschaft, in der einen Epoche als göttlich gefügte, gerechte Ordnung betrachtet wird, mag einer neuen

⁵⁴ *Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt* – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung, BT-Drucks. 13/11200, S. 18 u. 43; *Müller*, Zum Verhältnis von nachhaltiger Entwicklung und Organisationsstrukturen, S. 159 u. 162; *Söhnlein*, Landnutzung im Umweltstaat, S. 129; *Haber*, Nachhaltigkeit – Bilanz und Ausblick, S. 75, 81; *Minsch u.a.*, Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit, S. 64; SRU, Umweltgutachten 1994, Tz. 14.

⁵⁵ *V. Weizsäcker*, Erdpolitik, S. 8f.

⁵⁶ *Petschow u.a.*, Nachhaltigkeit und Globalisierung, S. 31.

⁵⁷ S.u. A.II. 2. c) u. A.II. 3. b) u. c).

⁵⁸ S.u. B.I. 2. b).

⁵⁹ *Würtenberger*, Zeitgeist und Recht, S. 11, 23 u. 43; s.a. *Zippelius*, Das Wesen des Rechts, S. 49.

⁶⁰ *Rüthers*, Zeitgeist und Recht, S. 15 u. 38; *Zippelius*, Das Wesen des Rechts, S. 51; *Würtenberger*, Zeitgeist und Recht, S. 34, 147, 208 u. 230; *Tremmel/Laukemann/Lux*, ZRP 1999, 432, 438; *Redeker*, NJW 1993, 2853, 2854; u. *Münch*, NJW 2000, 1, 4; speziell für die Verfassungsrechtsprechung *Schulze-Fielitz*, AÖR 122 (1997), 1, 16.

Zeit ungerecht erscheinen⁶¹. Im Laufe der Rechtsgeschichte der letzten 200 Jahre sind immer wieder neue politische Ideen in das Recht integriert worden. Von den Menschenrechten über den Gedanken des sozialen Ausgleichs bis hin zur Gleichberechtigung der Frau reichen die Beispiele dafür, daß politische Konzepte und Forderungen zu Rechtsreformen führten⁶².

Neue politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen – man kann insoweit auch von Rechtserzeugungsquellen sprechen⁶³ – finden auf verschiedene Weise Aufnahme in die Rechtsordnung. Während man in erster Linie an den Gesetzgeber denkt, wenn es um die Integration neuer Ideen und Erkenntnisse in die Rechtsordnung geht, dürfen auch die Rolle der Rechtsprechung, des Rechtsvollzuges und der Rechtswissenschaft nicht unterschätzt werden⁶⁴. Es läßt sich beobachten, daß das Recht einen gesellschaftlichen Wertewandel – ohne Eingreifen des Gesetzgebers – allein dadurch nachvollzieht, daß sich die Interpretation des vorhandenen Normbestandes ändert⁶⁵. Als anschauliches Beispiel für einen solchen Vorgang nennt *Bernd Rütters* das Ehegesetz des Kontrollrats von 1946, welches im Wortlaut weitgehend dem nationalsozialistischen Ehegesetz von 1938 entsprach. So fand der gleiche Gesetzestext in drei verschiedenen Systemen Verwendung, nämlich dem NS-Staat, der Bundesrepublik und der DDR, wobei die jeweils tätigen Juristen für ähnliche Fallgruppen durchaus unterschiedliche Ergebnisse ermittelten⁶⁶.

Zu fragen bleibt, ob das Konzept des sustainable development eine wichtige politisch-weltanschauliche Strömung des ausgehenden 20. Jahrhunderts darstellt.

Die Relevanz des Konzepts für die Bundesrepublik läßt sich damit belegen, daß nicht nur der Bundesstaat⁶⁷, sondern auch die Bundesländer⁶⁸ und über

⁶¹ *Zippelius*, Das Wesen des Rechts, S. 51f.

⁶² *Würtenberger*, Zeitgeist und Recht, S. 119; *Kloepfer*, DVBl 2000, 750, 757; *Häberle*, Textstufen, S. 3, 5.

⁶³ *Ossenbühl*, Rechtsquellen und Rechtsbindungen der Verwaltung, S. 127, 130; *Merten*, Jura 1981, 169.

⁶⁴ *Würtenberger*, Zeitgeist und Recht, S. 154ff. u. 174ff.; *Häberle*, Jura 2000, 1, 4.

⁶⁵ *Rütters*, Zeitgeist und Recht, S. 25; *Redeker*, NJW 1993, 2853, 2854; *Würtenberger*, Zeitgeist und Recht, S. 38f. u. 174ff.

⁶⁶ *Rütters*, Zeitgeist und Recht, S. 27f.

⁶⁷ *Bundesumweltministerium*, Aus Verantwortung für die Zukunft, 2000, S. 3 u. 8ff.; *Bundesumweltministerium*, Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, 1998; *Bundesregierung*, Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland, 1997; *Bundesumweltministerium*, Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung, 1996; *Bundesumweltministerium*, Umwelt 1994, Politik für eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung; zuletzt Bundesumweltminister *Trittin*, ZAU 2000, 13ff., s.a. *Henneke*, „Nachhaltigkeit“ – Modewort oder ein neues Paradigma, S. 45, 57.

⁶⁸ S. z. B. für Mecklenburg-Vorpommern, *Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt*, Chancen für eine nachhaltige Landesentwicklung, 1997; für Schleswig-Holstein, *Ewen*, Gesellschaftlicher Wandel und Umweltauswirkungen, 1997, S. 113ff.; für Baden-Württemberg, *Pfister/Knaus/Renn*, Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg, 1997; für Rheinland-

1000 deutsche Städte und Gemeinden⁶⁹ das Konzept auf der politischen Ebene aufgegriffen haben. Vor allem die weit verbreiteten lokalen Agenden sind hier zu nennen⁷⁰. Die Bundesregierung hat sich überdies verpflichtet, bis zum September 2002, dem Termin des World Summit on Sustainable Development in Johannesburg, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen⁷¹. Aber auch die politikberatende Wissenschaft hat das Sustainability-Konzept in den letzten acht Jahren nahezu im Jahresrhythmus in wichtigen Berichten behandelt. Erinnerung sei an:

- das Umweltgutachten 1994 „Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“,
- den Bericht der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt „Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen“ (1994),
- die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1996),
- das Umweltgutachten 1996 „Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“,
- die Studie des Umweltbundesamtes „Nachhaltiges Deutschland“ (1997),
- den Abschlußbericht der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung „Konzept Nachhaltigkeit – vom Leitbild zur Umsetzung“ (1998),
- den Abschnitt „Auf dem Weg zu einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ im Umweltgutachten 2000⁷² und
- das Dialogpapier „Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung (2001)⁷³.

Wenn man zudem berücksichtigt, daß das Konzept der zukunftsfähigen oder auch nachhaltigen Entwicklung⁷⁴ durch Folgekonferenzen nach Rio sowie die Einrichtung einer „Commission on Sustainable Development“ eine gewisse institutionelle Verfestigung erfahren hat, kann man davon ausgehen, daß das neue

Pfalz, *Martini*, ZAU 2000, 15ff.; für Bayern, *Schnappauf*, ZAU 2000, 20; s.a. *SRU*, Umweltgutachten 1998, Tz. 120; *Carius/Sandhövel*, APuZg 1998, B 50, S. 11, 14; *Henneke*, „Nachhaltigkeit“ – Modewort oder ein neues Paradigma, S. 45, 58.

⁶⁹ *Menzel*, ZRP 2001, 221, 224; s.a. *Spars*, ZAU 1999, 225, 226; *SRU*, Umweltgutachten 1996, Tz. 29ff.; *SRU*, Umweltgutachten 1998, Tz. 121f.; *Henneke*, „Nachhaltigkeit“ – Modewort oder ein neues Paradigma, S. 45, 59ff.; *Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt* – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung, BT-Drucks. 13/11200, S. 34ff.

⁷⁰ *Zimmermann*, APuZg 1997, B 27, S. 25ff.; *WBGU*, Jahresgutachten 2001, S. 108; *Internationaler Rat für Kommunale Zukunftsinitiativen*, Lokale Agenda 21, passim.

⁷¹ *Rat für nachhaltige Entwicklung*, Dialogpapier, S. 4.

⁷² *SRU*, Umweltgutachten 2000, Tz. 1–72.

⁷³ ONLINE: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>.

⁷⁴ Genauer zur Terminologie unter II.

Sachregister

- Abfallabgaben 383
- Abfallbilanz 378ff.
- Abfallvermeidung 346f., 364f., 382
 - Vorrang 345, 364f.
- Abfallvermeidungspflicht 344
- Abfallverwertung 346, 347f., 381f.
 - Abgrenzung zur Beseitigung 348
 - energetische 372
 - hochwertige 349f., 372f.
 - stoffliche 372, 374
- Abfallwirtschaftskonzept 378ff.
- Abschlußregelung 294
- Abwägungsgebot 171, 415
- Abwägungsvorbehalt 263, 265, 266, 270
- Agenda 21 23, 24f., 26f., 29, 31, 87, 107, 138, 331
- Akzeptanz 59
- allgemeine Rechtsgrundsätze 79f., 124
- Altauto-Verordnung 370, 377
- Altstoffe 359
- Anmeldepflicht 358
- Anmeldeverfahren 359f., 363
- Antarktis 94
- Armut 35
- Armutsbekämpfung 28, 38
- Artenschutzabkommen 112
- Artenvielfalt 17, 53f., 95, 117
- Ausbildung 35
- Außenbereich 286

- Begründungspflicht
 - für Raumordnungspläne 420
- Belastungsschwerpunkte 213
- Beratung
 - im Abfallrecht 380
- Beratungsgremien 204
- Berichtspflichten 130
- Berufsfreiheit 393ff.
- Beschaffungswesen 381
- Beschränkungsmöglichkeiten
 - im Chemikalienrecht 360
- Betreiberpflichten 268, 273
- Bevölkerungswachstum 28, 34, 36

- Bewirtschaftung des Waldes 252, 255
- Bewirtschaftungsermessen 301
- Bewirtschaftungsgrundsatz 301
- Bewirtschaftungskonzept 318
- Bewirtschaftungspläne 308ff.
 - Aufstellungspflicht 311ff.
- Bewirtschaftungsziele 302
- Binnenfischereirecht 295
- Biodiversität 53f.
- Biodiversitätskonvention 97, 103, 110ff.
- Biosafety-Protokoll 116f.
- Biotechnologie 117
- Biotopverbundsystem 230, 269
- Bodenfunktionen 275f.
- Bodenschutzbehörde 289
- Bodenschutzklausel
 - im Baurecht 284
- Bodenschutzplanung 288
- Bodenschutzverordnung 279
- Bodenschutzziele 277
- Bonus-Malus-System 60
- Brundtland-Bericht 1, 18, 19, 37ff.
- Bruttoinlandsprodukt 54ff.
- Bundes- und Landesumweltzentralen 198ff.
- Bundesbank 201, 208
- Bundes-Bodenschutzgesetz
 - Gefahrenabwehr 282f.
 - Subsidiarität 279
 - Vorsorgeverpflichtung 279, 282
- Bundeskanzleramt 181
- Bundesnaturschutz-Neuregelungsgesetz 259
- Bundespräsident 207
- Bundestagsausschuß zur zukunftsfähigen Entwicklung 194f.
- Bundesverfassungsrichter 207

- capacity building 147
- Commission on Sustainable Development 10, 137ff.
- common but differentiated responsibilities 96ff., 147
- common concern of mankind 95
- common heritage 93ff.

- defensive Ausgaben 55
 Definitionsversuche 21f., 82
 Demokratieprinzip 186f., 193, 198, 186,
 217
 demokratische Legitimation 199, 204, 208
 Demokratisierung 31
 Diskriminierung 389, 393
 dritte Kammer 205
 Drittwirkung der Grundrechte 223
 Duales System 374ff.
- Ecodevelopment 18
 Effizienzrevolution 26
 Eigentumsfreiheit 394
 Eignungsgebiete 421
 Eingriffsbegriff 232f.
 Einstimmigkeitsregel 134
 Emissionsprinzip 298, 308
 Emissionsrechtehandel 128
 Energiepolitik der EG 158
 Enquete-Kommissionen 232
 Entsiegelung 280
 Entsiegelungsgebot 285f.
 Entsiegelungspflicht 288
 Entsorgung 339f.
 Entwicklung 11
 equitable use 91ff.
 Erfüllungshilfe 145, 147
 Erfüllungskontrolle 129f., 137, 145f.
 – Verfahren 146f.
 erga-omnes-Verpflichtung 85f.
 Erholungsfunktion
 – des Waldes 249f., 252f.
 escape-clause 114
 Europarecht 5, 151ff., 386ff.
 Evidenzkontrolle 216, 219
 Exekutive 192, 234
 Existenzminimum 211, 218
- Fangrechte 36
 Fischereiabkommen 102ff.
 Flächenverbrauch 287, 422
 Fortschritt 42
 Friedenssicherung 29
- GATT 389ff.
 – Ausnahmeregelungen 391
 Gefahrenverdacht 322
 Geldertragsnachhaltigkeit 251
 gemeinschaftliche Umsetzung 126f., 130
 genetische Ressourcen 111, 112, 114
 gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 168f.,
 214f., 217
- Gesetzesbindung 200
 Gesetzesfolgenabschätzung 195
 Gesetzgebungsverfahren 206
 – Funktionen 235
 Gesetzgebungszuständigkeit
 – bodenschutzrechtliche 289
 – forstrechtliche 258
 – für die Raumordnung 424
 – sozialrechtliche 224
 – umweltrechtliche 225
 – wirtschaftsrechtliche 224f.
 Gewaltenteilungsgrundsatz 193, 206, 218
 Gewässeranlieger 92
 Gleichbehandlungsgebot
 – nach dem GATT 390
 Gleichheitsgarantie 190f.
 gleichwertige Lebensverhältnisse 413
 Global Environmental Facility 118
 Globalisierung 17, 70ff.
 Grundbedürfnisse 28, 43
 Grundpflichten
 – im Abfallrecht 365, 398
 Grundrechtseingriff 394
 Grundrechtsvoraussetzungsschutz 221
 Grundstoffherstellung 339
 Grundwasser 297f., 310, 316
 gute fachliche Praxis 281, 288
- Handelshemmnis 391
 Hege 291, 295
 Herstellungsprozeß 392
- Immissionsprinzip 298, 308
 Index of Sustainable Economic Welfare 57
 Industrialisierung 33, 37, 42
 instant customary law 83
 Integration 31, 67, 76, 107, 152, 154,
 169ff., 247, 412, 414, 427
 intergenerationelle Gerechtigkeit 76, 88ff.,
 260
 Internationaler Gerichtshof 136f.
 intragenerationelle Gerechtigkeit 76, 89,
 91ff.
 ius cogens 122
- Judikative 191f.
- Kabinettsamt 182
 Kabinettsausschuß 182
 Kabinettsprinzip 179, 181
 Kahlhieb 254
 Kanzlerprinzip 178f., 181
 Kennzeichnungspflichten 366, 369, 396,
 397

- Klimarahmenkonvention 97, 119ff., 134
 kommunale Planungshoheit 419
 Kompetenzkombination 226
 Konsum 23, 30, 35, 48f.
 Konsumverhalten
 – und Abfallrecht 366
 Kooperationsprinzip 66, 384
 Kooptation 208
 Kraftstoffverbrauch 357
 Kreislaufwirtschaft 26f., 364, 389
 künftige Generationen 167, 412
 Kyoto-Protokoll 119ff., 130ff.
 – Reduzierungsverpflichtungen 120
- Landesabfallgesetze 380, 381
 Landesplanung 419
 Landeswaldgesetze 257
 Landeswassergesetze 316, 317f.
 Langfristorientierung 185ff.
 Langfristperspektive 68
 Leasing 338
 Lebensstandard 43f.
 Legislative 193, 234
 Legitimationskette 199
 Leistungsfunktion der Grundrechte 218
 lokale Agenda 9f.
 Luftreinhaltepläne 323
- Managementregeln 45ff., 76, 99, 167, 261,
 264, 277, 331, 404, 427
 Marktwirtschaft 173, 211, 332
 Maßnahmen gleicher Wirkung 387
 Material- und Energiebilanzen 336
 Materialintensität pro Serviceeinheit 329
 Materialströme 329
 Mechanismus für eine umweltverträgliche
 Entwicklung 127f.
 Meeresbodenschätze 95
 Meeresverschmutzung 101
 Mehrheitsprinzip 144
 Mehrkosten 118
 Mehrwegquoten 370, 374
 Mengennachhaltigkeit 247, 251, 254
 Menschenrechte 187
 Menschenwürde 187
- Nachhaltigkeit 6
 – als lokales Prinzip 319
 – Definitionsversuche 251
 – der Vielfachnutzungen 271
 – im Bodenschutzrecht 274ff.
 – im Bürgerlichem Recht 245
 – im Forstrecht 246f.
- im Jagdrecht 290
 – im Naturschutzrecht 259
 – im Steuerrecht 245
 – im Wasserhaushaltsrecht 295f.
 – und Vorsorge 320f.
 Nachhaltigkeitsausschuß 68
 Nachhaltigkeitsstrategie 10, 169, 175, 237
 Nachweltschutzverbände 197
 Nachhaltverträglichkeitsprüfung 194
 Nadelbäume 248
 Naturkapital 25f.
 Naturschutz
 – und Erholung 268
 – und Landwirtschaft 268
 Naturschutzziele 230, 262, 269
 neue Weltwirtschaftsordnung 98
 Nutzfunktion
 – des Waldes 249f.
- Oberflächenwasser 310
 öffentliche Wasserversorgung 306
 Öffentlichkeitsbeteiligung 410, 420, 429
 Ökologischer Rat 203, 205
 ökologisches Minimum 405, 427
 Ökonomielastigkeit
 – der Raumordnung 416
 Ombudsmann 201f., 203
 Optimierungsgebot 85, 286, 415
 Ozonabbau 16f.
- Parlamentsbeteiligung 231
 Parlamentsvorbehalt 235
 Partikularinteressen 196
 Partizipation 237, 332, 420
 Patentrecht 117f.
 Pfandsysteme 366
 Planungsrecht 401
 Planungssicherheit 209
 Präambel
 – grundgesetzliche 185f.
 – völkervertragsrechtliche 90
 Primärenergieeinsatz 339
 Prinzip 1f., 76f.
 – europarechtliches 153
 – globales 2
 – lokales 3
 – materielles 3
 – formelles 3
 – umweltpolitisches 319
 – völkergewohnheitsrechtliches 85f.
 Produktanforderungen 330, 355
 Produktbeschränkungen 368, 395
 Produktdesign 368

- Produktgestaltung 367, 382
 Produkthaftung 66, 337
 Produktverantwortung 367, 375, 396
 Produktverbote 333, 356, 360, 368, 370, 395
 Produktzulassung 332
 Pro-Kopf Einkommen 74f.
 Protokolle 113, 132
 Prozeßcharakter 20ff., 73

 Querschnittsklausel 154ff., 156, 184
 – Justiziabilität 158
 Querschnittsorientierung
 – der Raumplanung 410

 Rahmengesetzgebung 226ff.
 – im Forstrecht 258
 – im Jagdrecht 294
 – im Naturschutzrecht 272f.
 – im Wasserrecht 316
 – Vollziehbarkeit 229
 Rahmenkonvention für Umwelt und Entwicklung 81, 107f., 143
 Rahmenplanung
 – forstliche 253f.
 Rahmenübereinkommen 110, 113ff.
 Rat für Nachhaltige Entwicklung 160, 202f., 205ff.
 Raubbau 52, 56, 266
 Raumentwicklung
 – nachhaltige 411
 Raumordnungsverfahren 423
 Raumordnungsziele 425
 Raumplanung
 – und Fachplanung 420, 429
 Rechtsdurchsetzung
 – völkerrechtliche 136f., 144f.
 Rechtsstaatsprinzip 171f., 384, 397
 Rechtsvergleich 401
 Regel 3f., 76f.
 – völkergewohnheitsrechtliche 82f.
 Regierung 192f., 231
 Region
 – in der Raumplanung 407, 417
 regionale Entwicklungskonzepte 413, 418
 regionaler Flächennutzungsplan 418
 Regionalplanung 418, 423
 Resource Management Act 402ff.
 Ressortprinzip 176ff.
 – Regierungspraxis 180
 Ressourcenbewirtschaftung 99f., 159, 245, 261, 263, 321, 322, 325, 403, 405, 406
 Ressourcennutzung 101f., 159

 Ressourcenproduktivität 47, 49
 Ressourcenschonung 37, 51, 68
 Ressourcenvorsorge 321, 324
 Reviersystem 292
 Richtlinienkompetenz 177f., 423
 Rio-Deklaration 22, 24, 27, 28ff., 80f., 87, 89, 90, 96, 107, 242
 Rio-Konferenz 19
 Risikopotential 334, 335
 Risikovorsorge 322
 Rohstoffgewinnung 339
 Rücknahmepflichten 368, 377, 382, 394
 Rücknahmeverpflichtung 338
 Rückwirkung
 – echte 398
 – unechte 397

 Schutzfunktion
 – des Waldes 249f., 252f.
 Schutzpflicht 173f., 187ff., 219ff.
 Schutzpflichten
 – als subjektive Rechte 221
 Sekundärrecht der EG 162f.
 Selbstverpflichtungen 67, 377
 soft law 87
 Souveränität 106, 134, 141
 Soziale Instabilität 33, 36
 Sozialindikatoren 57
 Sozialrecht 7f.
 Sozialstaatsprinzip 170, 172, 175, 186, 211, 215, 217
 Sparsamkeitsgebot
 – im Wasserrecht 303ff.
 Spiegelreferat 181
 Staatenpraxis 83, 96, 103, 106, 107f.
 staatsfreie Räume 95
 Staatsplanung 173
 Staatsziel Umweltschutz 166f., 174f., 186, 214ff.
 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 165, 169, 172f.
 Stand der Technik 323, 351
 Steuervergünstigung 61
 Stoffbewertung 385
 Stoffgesetz 342
 Stoffgruppen 333
 Stoffstrom 327
 Stoffstromanalyse 328, 334
 Stoffstrommanagement 330f., 337, 385, 424
 Stoffstromrecht
 – als eigenständige Materie 341
 – und Abfallrecht 340

- und Gefahrstoffrecht 341
- und Immissionsschutzrecht 340f.
- Subvention 60
- Suffizienz 30, 43, 49
- Sukzession 255
- Sustainability-Ethos 71
- sustainable management 403ff., 406, 427
- sustainable use 89, 99f.
- sustainable yield 46, 53, 100, 105

- technisch möglich 351f., 361, 371
- tragedy of the commons 100
- Tragfähigkeit 15, 23, 41, 297, 303, 323, 331
- Treibhauseffekt 16f., 62, 358
- Treibhausgase 120

- Überfischung 104
- Uferfiltrat 310
- Umweltabgaben 60ff., 213
- Umweltauswirkungen
 - in Neuseeland 409
- Umweltbeihilfen 158
- Umweltbelastungsanalyse 336
- Umweltbewilligung
 - in Neuseeland 408
- Umweltbildung 36, 69
- Umweltgerichtshof 141f.
- Umweltgesetzbuch
 - Kommissionsentwurf 242f., 256f., 288f., 315, 318, 324, 342
 - Professorenentwurf 244, 315, 318, 342
- Umwelthaftung 65
- Umweltindikatoren 57
- Umweltplanung
 - in Neuseeland 406
- Umweltstandards
 - Rechtsschutz 238
- Umweltstraftat 243
- Umweltverträglichkeitsprüfung 107, 409, 429
- Umweltzertifikate 62
- Umweltziele 64, 211ff., 223, 225
 - im Stoffrecht 333
 - im Wasserrecht 317
 - Verfahrensmodell 237
- UNEP 137ff.
- UN-Seerechtsübereinkommen 94, 96, 104f.
- Untermaßverbot 219
- UN-Umweltausschuß 141

- Verbandsklage 66

- naturschutzrechtliche 256, 271
- völkerrechtliche 142
- Verbot mengenmäßiger Handelsbeschränkungen
 - nach dem GATT 391
- Verfassungsbeschwerden
 - gegen Umweltgefahren 221
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 171, 189, 362, 388, 396ff.
- Verkehrspolitik der EG 158
- Vermischungsverbot 373
- Verpackungsverbrauch 376
- Verpackungsverordnung 369, 373ff., 396, 399
- Verschlechterungsverbot 215f.
- Versiegelung 276
- Versiegelungsabgabe 288
- Vertrauensschutz 398
- Verursacherprinzip 65, 369
- Verwaltungsvorschriften 236
- Vetorecht 68, 182f., 205
- Völkergewohnheitsrecht 81f., 135f.
- Völkerrecht 4f.
- Vollregelung 227f.
- Vollzugsdefizit 137
- Vorbehalt des Gesetzes 232
- Vorbildfunktion 44
- Vorranggebiete 421
- Vorrangklausel 269, 271
- Vorsorgeprinzip 64f., 320ff.
 - im Immissionsschutzrecht 323

- Wachstum 11, 37ff., 54f., 75
- Waldprotokoll 117
- Warenverkehrsfreiheit 387
- Wasch- und Reinigungsmittelgesetz 344
- Wasserbewirtschaftung 296
- Wasserferntransporte 299, 317
- Wasserqualität 298, 302
- Wasserrahmenrichtlinie 316, 318f.
- Wegwägsperrung 414
- Wegwerfgesellschaft 329
- Weisungsgebundenheit 200
- Welthandel 27, 34, 50, 75
- Welthandelsrecht 117
- Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung 140f.
- Wesentlichkeitstheorie 194, 233f.
- Wildschäden 293
- Wildverbiß 292
- Wüstenkonvention 97, 106

- Zeitgeist 8ff.

Zielanforderungen
– im Chemikalienrecht 361
Zielfestlegungen 396f.
Zukunftsfähigkeit
– Ausstrahlungswirkung 73
– Definition 72

– Indikatoren 54
– Praxisrelevanz 74
– und Nachhaltigkeit 242f.
– und Vorsorgeprinzip 243
– Ziele 51f., 209ff.
Zumutbarkeit 353f., 361, 371ff.

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Butzer, Hermann*: Fremdlasten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Christian Calliess*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. *Band 75*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.

- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heitsch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Hohmann, Harald*: Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89*.
- Holznagel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kahl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Möstl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.

Jus Publicum

- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozeq, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Puffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Vofskuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

